

Abstract:

Bundesregierung@Facebook

Eine Untersuchung der Deliberativität ausgewählter Kommunikationsinhalte des Bürgerdialogs der Bundesregierung auf Facebook

Lisa Korcik, Torben Luckow & Annika Niederkorn

Betreuerin: Prof. Dr. Christiane Eilders

Die Frage, ob das Internet transformative Wirkungen auf die Politik hat und wenn ja, wie diese sich manifestieren, wird vielerorts seit Langem diskutiert. Neue Kommunikationstechnologien, insbesondere soziale Online-Netzwerke, scheinen neue Möglichkeiten aber auch Einschränkungen für den Dialog zwischen Politikern und Bürgern zu bedeuten. So eröffnen beispielsweise soziale Plattformen wie Facebook die Möglichkeit direkt miteinander zu kommunizieren, bergen jedoch auch die Gefahr einer inhaltsleeren Aneinanderreihung von so bezeichneten *Hasskommentaren*. Die Bundesregierung ist seit Februar 2015 mit einem eigenen Account bei Facebook vertreten und demnach als politische Instanz vor derartige Möglichkeiten und Herausforderungen gestellt. Die Kommunikation innerhalb dieses Accounts steht im Fokus dieses Teamprojektes.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse wie wachsender Politikverdrossenheit, Digitalisierung oder Medienskepsis untersucht dieses Teamprojekt mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse, welches Ausmaß an Deliberativität der Dialog zwischen den Bürgern und der Bundesregierung in diesem sozialen Online-Netzwerk aufweist. Um diese Forschungsfrage zu beantworten, wurde die Hypothese aufgestellt, dass eine initiative Verfassung des Einstiegsposts der Bundesregierung zu einer höheren Deliberativität der Diskussion führt. Für die Untersuchung wurden jeweils zwei nicht initiative und zwei initiative Einstiegsposts der Bundesregierung auf Facebook sowie jeweils die ersten 200 Kommentare der Diskussion untersucht. Eine Operationalisierung von Deliberativität erfolgte in Anlehnung an ein Forschungsmodell von Christiane Eilders und Dennis Frieß (2015, 2016). Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass eine initiative Verfassung des Einstiegsbeitrages seitens der Bundesregierung nicht zu einer höheren Qualität, konkret zu einem größeren Ausmaß an Deliberativität, der Diskussion in Kommentarform führt.